

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 43 (1949)
Heft: 3

Artikel: Weltrundschau : keine Friedensverhandlung... ; ...aber gesteigerte Kriegsvorbereitung ; Druck und Gegendruck ; Ein sozialistisches Europa! ; Der Fall Mindszenty ; Heuchlerische Proteste ; Gärendes Asien

Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-139236>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

UdSSR zu verlassen und den USA und Großbritannien die kalte Schulter zu zeigen, wie es falsch war für Tschungking, nur auf die USA abzustellen.»

«Wir sind überzeugt», betonte Mao, «daß die kapitalistische Welt und UdSSR lernen werden, im Frieden zusammenzuarbeiten, wie sie im Krieg zusammenarbeiteten.» Er sah schon 1944 die Schwierigkeiten voraus, die entstehen könnten, und hoffte, China werde eine der Brücken zwischen den zwei Lagern. Wenn unter der Führung Nehrus in Südostasien eine zweite Brücke entsteht, dürfen wir wohl erwarten, nicht nur, daß die Armen und Gedrückten Asiens endlich zu ihrem Recht kommen, sondern daß auch eine friedliche Lösung der Kolonialprobleme eine Zusammenarbeit der Großmächte näherbringt.

Millicent Furrer-Proud.

Weltrundschau

Keine

Friedensverhandlung

Wie nach der Lage der Dinge erwartet werden mußte, haben die Westmächte und besonders die Vereinigten Staaten den neuen, wenn auch unformellen Versuch der Sowjetunion, zu Verhandlungen über die Beendigung des «kalten Krieges» zwischen den beiden großen Machtblöcken zu kommen, barsch abgelehnt. Das war abermals ein grober Fehler der westlichen Diplomatie. Denn entgegen der Meinung jener allzu vielen Zyniker, die hinter jedem russischen Friedensschritt ein unehrliches, hinterlistiges Manöver wittern, sprechen stärkste sachliche Gründe dafür, daß es den Leitern der russischen Außenpolitik mit ihrem Bemühen, den Ausbruch eines dritten Weltkrieges zu verhindern, vollkommen ernst ist. Nicht zuletzt ist, worauf Alvarez del Vayo in der Neuyorker «Nation» aufmerksam macht, der Zeitpunkt bedeutsam, in dem Moskau seinen jüngsten Friedensfühler ausgestreckt hat. «Amerikanische Rußlandsachverständige», so schreibt dieser unabhängige sozialistische Beobachter, «haben vorausgesagt, der Kreml werde erst dann Vernunft annehmen, wenn der Marshall-Plan seine Fähigkeit erwiesen habe, Europa wieder auf die Beine zu stellen, und wenn sich die Sowjets an allen Fronten hart bedrängt fühlten. Tatsächlich hat Moskau das Friedensgespräch in einem Augenblick aufgenommen, da sich gerade das Gegenteil ereignete: da der Marshall-Plan eine Vertrauenskrise durchmacht, da die Armeen Mao Tse-Tungs in die Vorstädte Nankings eindringen, da halb Asien und ein Teil von Afrika durch die Funken der Kolonialrevolution in Flammen gesetzt sind, da die amerikanische Politik der Unterstützung der griechischen Reaktion gänzlich bankerott ist — kurz, in einem Augenblick, da

Rußland, wenn auch nicht siegreich im kalten Krieg, so doch sicher Boden in ihm gewinnt.»

Um die Ablehnung der russischen Offerte zu begründen, hat man in Amerika darauf hingewiesen, daß ernsthafte Verhandlungen zwischen den beiden Lagern nur im Rahmen der Vereinten Nationen aufgenommen werden könnten — ein merkwürdiges Argument angesichts der Tatsache, daß die ganze amerikanische Politik, die unter dem Namen der Truman-Doktrin bekannt ist, daß das große Interventions-, Stützpunkt- und Allianzsystem, das die Vereinigten Staaten in den letzten Jahren aufgebaut haben, daß insbesondere auch der Marshall-Plan und was damit zusammenhängt völlig *außerhalb* dieses Rahmens ins Werk gesetzt wurde und weitergeführt wird. Und man hat von westalliiertes Seite namentlich auch erklärt, was man von der Sowjetunion jetzt erwarte, das seien nicht unverbindliche Friedensworte, sondern unzweideutige *Friedenstaten*. Was für Taten das aber sein sollen, hat man in Washington, London und der Enden längst klargemacht: bedingungslose Aufhebung der Blockade gegen Berlin, Anschluß Rußlands an die westmächliche Politik für Deutschland und Österreich, Annahme des amerikanischen Planes für die Kontrolle der Atomkraft, Desinteressement der Sowjetunion an Polen, Ungarn, Griechenland, Korea usw., kurz, lauter Dinge, zu denen sich die Sowjetunion freiwillig kaum verstehen würde, weil sie allzu einseitig auf der Linie der westmächtlichen Machtpolitik liegen. Und da man sich eben im Westen eine Verständigung mit Rußland unter keinen andern Bedingungen vorstellen kann als denjenigen, die vorab den *eigenen* Wünschen und Interessen entsprechen, so klagt man die Sowjetunion dauernd der Friedensunwilligkeit, ja der Angriffslust und des Weltherrschaftsstrebens an, um desto energischer den großen Plan weiter zu verfolgen, durch militärische und wirtschaftliche Druckmittel Rußland zu *zwingen*, sich der Ordnung der Pax americana, des amerikanischen Friedens, zu unterwerfen.

... aber gesteigerte Kriegsvorbereitung

Das ist insbesondere auch Sinn und Zweck des *Atlantikpakt*, dessen anscheinend naher Abschluß zurzeit im Mittelpunkt der amerikanisch-westeuropäischen Auseinandersetzung steht. Außer den Staaten des Brüsseler Vertrages wird, wie nun feststeht, auch Norwegen dem atlantischen Bund beitreten, nachdem sich die dortige Arbeiterpartei fast einhellig für die Eingliederung Norwegens in das westliche Allianzsystem ausgesprochen und die Regierung den ihr von Rußland angebotenen Nichtangriffspakt höflich, aber bestimmt abgelehnt hat. Sie hat sich dabei den Scherz erlaubt, der Sowjetunion zu versichern, daß sich Norwegen ganz und gar nicht von ihr bedroht fühle, aber sich eben doch viel mehr für den Atlantikpakt interessiere, der natürlich ausschließlich der Verteidigung (gegen wen?) diene. Schweden will vorläufig seine Neutralität beibehalten, während Dänemark kaum anders können wird

als sich auch der Form nach in das strategische Weltnetz der Vereinigten Staaten einzufügen, dem es ja tatsächlich bereits angehört, haben sich doch die Amerikaner schon seit Jahr und Tag auf Grönland, das sozusagen eine dänische Besetzung ist, häuslich eingerichtet, ohne auch nur daran zu denken, jemals wieder hinauszugehen. (Wenn das die Russen getan hätten!) Der dänische Außenminister hat denn auch gerade dieser Tage die Wallfahrt nach Washington angetreten, um die Sache einmal in Ordnung zu bringen¹.

Ob auch Italien Mitglied des Atlantikbundes werden oder einem Mittelmeerbund beitreten wird, der (unter USA-Patronat natürlich) auch Griechenland, die Türkei, Syrien und Ägypten umfassen würde, steht noch nicht fest. Unklar ist ebenfalls, ob es außerdem noch zu einem Mittelasiabund kommen wird, der — als Gegengewicht gegen den kommunistischen Einfluß in China und Südostasien — Indien, Pakistan, Afghanistan, vielleicht auch Persien und Irak zusammenschließen würde. Sicher scheint hingegen schon heute zu sein, daß die Mitglieder dieser verschiedenen, aufeinander abzustimmenden Bünde, soweit nötig, von den Vereinigten Staaten mit Waffen und anderm Kriegsmaterial versorgt werden sollen, zur Ergänzung der Rüstung, die sie sich aus eigenen Mitteln zu beschaffen haben. Großbritannien hat schon jetzt eine neue Anstrengung in dieser Richtung gemacht; das neue Militärbudget ist um nicht weniger als 107 Millionen Pfund (etwa 1300 Millionen Franken) höher als dasjenige des Finanzjahres 1948/49.

All diese fieberhaft betriebenen militärischen Rüstungen dienen zwar — entgegen der russischen Behauptung — sicher nicht einem bereits beabsichtigten Angriffskrieg gegen die Sowjetunion. Sie entspringen aber auch nicht — wie das die populäre Propaganda der Westmächte will — der Überzeugung, daß ein kriegerischer Angriff von seiten Rußlands drohe. Sie sind vielmehr einesteils der Ausfluß jenes militärischen Denkens, das in nie gestilltem Sicherheitsbedürfnis von Rüstung zu Rüstung, von einer strategischen Grenze zur andern schreitet, andernteils aber ein Werkzeug des sich immer deutlicher abzeichnenden Planes, der verbündeten außerrussischen Welt ein derart erdrückendes militärisches und wehrwirtschaftliches Übergewicht zu verschaffen, daß sich die Sowjetunion wohl oder übel dem wohlgemeinten Friedensdiktat der Vereinigten Staaten und ihrer Alliierten und Assoziierten fügen müsse.

¹ Es sei daran erinnert, daß die damalige dänische Exilregierung im April 1941 Grönland den Vereinigten Staaten *vorübergehend* überlassen und Präsident Roosevelt ausdrücklich versprochen hat, daß «Grönland eine dänische Kolonie bleiben wird, sobald die deutsche Invasion in Dänemark zu Ende sein wird». Roosevelts Nachfolger hat nicht von ferne im Sinn, dieses Versprechen wahrzumachen; Grönland ist und bleibt dem amerikanischen Stützpunktsystem fest eingegliedert. Andererseits hat die Sowjetunion die dänische Insel Bornholm, die sie während des Krieges besetzt hatte, vereinbarungsgemäß wieder geräumt — ein sprechender Beweis für die in allen unsern Blättern und Blättchen ständig wiederholte Behauptung, daß die Russen sämtliche Verträge brächen, die Amerikaner sie aber getreulich erfüllten ...

Darum die Weigerung der Westmächte, auf die «lächerlichen» Verhandlungsangebote des Kremls einzutreten, bevor dieses Übergewicht unbedingt gesichert sei. Darum das dauernde Prahlen mit der fabelhaften Leistungsfähigkeit der amerikanischen Luftwaffe und ihrer Atom-bomber². Und darum auch die mit allen Mitteln genährte weltweite Propaganda gegen den Kommunismus und die Sowjetunion, deren Unschädlichmachung, wie nachgerade der hinterste Buschmann wissen muß, die erste und heiligste Pflicht der Kulturmenschheit ist. (Eine Propaganda, die uns freilich trotz allem nicht abhalten soll, beispielsweise das Begehren nach einer unparteiischen Untersuchung über die vielgenannten russischen Zwangsarbeitslager auch unserseits zu unterstützen.)

Druck und Gegendruck Wie gefährlich diese mit ebensoviel Planmäßigkeit wie Kaltblütigkeit ins Werk gesetzte Pressionspolitik gegenüber der Sowjetunion ist — von ihrer Selbstgerechtigkeit noch ganz abgesehen —, braucht hier kaum auseinandergesetzt zu werden. Trygve Lie, der Generalsekretär der Vereinten Nationen, hat nicht umsonst gewarnt: «Wenn die Völker zugeben, daß regionale Bündnisse an die Stelle der kollektiven Sicherheit treten, so wird die Hoffnung auf einen dauerhaften Frieden dadurch schwer beeinträchtigt werden.» In der Tat ist keineswegs anzunehmen, daß sich Rußland durch eine ständig über ihm hängende Kriegsdrohung endgültig werde einschüchtern und in die Zwangsjacke des «amerikanischen Friedens» stecken lassen. Druck erzeugt auch hier nur Gegendruck, und die ersten negativen Reaktionen der Sowjetunion und der zu ihr haltenden kommunistischen Parteien auf die verschärfte Bündnis- und Aufrüstungspolitik der Vereinigten Staaten haben denn auch nicht auf sich warten lassen. Einerseits versteift sich die russische Haltung gegenüber den Westmächten neuerdings nicht unwesentlich; der bedauerliche Rückzug der Sowjetunion aus der kaum erst geschaffenen Weltgesundheitsorganisation ist nur ein Anzeichen dafür. Ob auch die Ersetzung Molotows durch Wyschinski in der Leitung des Außenministe-

² Der amerikanische Luftfahrtminister Symington erklärte unlängst im Katholischen Klub von Norwalk, der neue B-36-Bomber könne in einem einzigen Tage Zerstörungen anrichten, für die bisher ganze Armeen Jahre gebraucht hätten. Und der mit so viel Reklame umgebene jüngste Rekordflug eines solchen Bombers um die Erde herum scheint diese Aussage zu bestätigen. Der bisherige Kriegsminister Forrestal aber, der sich jetzt wieder seinem «angestammten» Beruf als Bankier zugewandt hat, enthüllte vor einiger Zeit sogar, daß die amerikanische Wissenschaft und Technik an dem phantastisch anmutenden, jedoch angeblich durchaus realisierbaren Plan arbeite, im Weltenraum, außerhalb der Anziehungskraft der Erde, frei schwebende Operationsbasen zu errichten, von denen aus auf der Erde unvorstellbare Zerstörungen bewirkt werden könnten. «Darauf also sind wir aus», bemerkt dazu das «Christian Century» (19.1.49): «Wir brauchen unsere Wissenschaft und unsere unvergleichliche Produktionskraft, um neue Wege zur Erringung der Weltherrschaft zu finden. Und dabei empören wir uns dermaßen über das, was wir das russische Streben nach Weltherrschaft nennen!» Wenn das alles nicht Hybris ist, sträfliche Vermessenheit!

riums als Übergang zu einem schärferen Kurs gedeutet werden muß, ist im Augenblick, da wir schreiben, noch nicht klar. Andererseits kann aber kaum ein Zweifel daran bestehen, daß es durchaus Moskaus Wünschen entspricht, wenn jetzt eine kommunistische Landespartei nach der andern aufsteht und erklärt, daß sie auf einen Angriffskrieg Amerikas und seiner Verbündeten gegen die Sowjetunion mit aktivem Widerstand, wenn nicht mit offenem Aufstand antworten würde. Das Signal dazu hat Maurice Thorez gegeben, der volkstümlichste Führer der französischen Kommunisten, der gerade herausgesagt hat, daß die Arbeiterschaft und das Volk Frankreichs gemeinsame Sache mit der Sowjetunion machen würde, wenn sie «wider ihren Willen» in einen Krieg mit Rußland hineingerissen würden und die Sowjetarmee «in der Verteidigung der Sache der Völker und des Sozialismus in die Lage käme, die Angreifer bis auf unsern Boden zu verfolgen», ja daß es in einem solchen Falle die Pflicht des französischen Volkes sei, «in der Verwirrung der ersten Tage jede nichtkommunistische Regierung zu stürzen».

Um diese allerdings unnötig herausfordernden Erklärungen herum, denen sich auch die kommunistischen Parteien Italiens, Englands, Norwegens, Deutschlands, Österreichs usw. angeschlossen haben³, ist natürlich wieder der übliche vaterländische Entrüstungslärm veranstaltet worden. In Wirklichkeit liegt zu solcher Entrüstung gar kein Anlaß vor. Die kommunistischen Parteien definieren ja ihre Haltung wohlweislich nur für den (von ihnen freilich als einzig denkbar erklärten) Fall, daß die Westmächte einen *Angriffskrieg gegen die Sowjetunion* führen sollten; und von dieser Voraussetzung aus erscheint ihre Schlußfolgerung durchaus logisch und gegeben. Ob der genannte Fall auch tatsächlich eintreten wird, ist natürlich eine Frage für sich. Aber billigerweise wird man den Kommunisten als einer revolutionären Partei ebensowenig das Recht bestreiten können, sich für einen gegenrevolutionär-imperialistischen Angriff der Westmächte auf die Sowjetunion vorzubereiten, wie man den antikommunistischen Parteien grundsätzlich das Recht absprechen wird, einen Angriffskrieg Rußlands gegen Westeuropa und Amerika ins Auge zu fassen und sich daraufhin zu rüsten. Die Zeiten sind vorbei, da die Regierungen die blinde Gefolgschaft ihrer Völker in jedem Krieg fordern können, den sie als gerechten Verteidigungskrieg erklären! «Die Wahrheit ist», wie der Londoner «New Statesman» sagt,

³ Wenn unsere Kommunisten nicht ein ähnliches Verhalten für den Fall eines sowjetischen Einmarsches in die Schweiz in Aussicht gestellt haben, so darum, weil die neutrale Schweiz par définition nicht in einen Angriffskrieg gegen die Sowjetunion verwickelt werden kann. Léon Nicole, der Präsident der Partei der Arbeit, hat sich deshalb darauf beschränkt, Thorez für dessen auf Frankreich gemünzte Erklärung ein Bravo zuzurufen, was ihn natürlich nicht davor bewahrt hat, von seinen Gegnern als Verräter an der Schweiz gebrandmarkt zu werden. Die schwere Wahlniederlage, welche die Partei der Arbeit soeben in der Waadt erlitten hat — sie hat mehr als die Hälfte ihrer Sitze verloren, fast ausschließlich an die bürgerlichen Parteien —, steht in unmittelbarem Zusammenhang mit diesem Feldzug.

«daß, wenn der Krieg tatsächlich losgeht, der Patriotismus relativ wird und es schwer ist, zwischen Landesverrat und Heroismus zu unterscheiden Die französische Widerstandsbewegung von 1941/45 war ausgesprochenermaßen ein Akt des Verrates gegenüber der gesetzlich bestellten Regierung von Marschall Pétain. Und doch — wer feierte sie in wärmeren Ausdrücken als Churchill? Oder wiederum, was anderes als Anerkennung hatte jeder Antifaschist in der ganzen Welt für diejenigen, die den moralischen Mut besaßen, in Nazideutschland zur Untergrundbewegung zu gehen?»

Wie dem aber auch sein möge, irgend etwas unerhört Neues oder Sensationelles war es auf keinen Fall, was die Thorez, Togliatti, Pollitt und Genossen jetzt gesagt haben. Die französischen Sozialisten verkünden es schon längst von allen Plakatwänden herab: «Das französische Volk wird niemals gegen die Sowjetunion kämpfen», und wer einigermaßen über die Stimmung in unserem Nachbarland unterrichtet ist, der weiß auch, daß daran zum mindesten viel Wahres ist. Das bestätigt auch der amerikanische Journalist George Seldes, wenn er seinem Blatt «In Fact» von Paris aus berichtet: «Die gegenwärtige Regierung mag einen Vertrag über ihre Beteiligung am nächsten ‚Verteidigungskrieg‘ unterzeichnen, aber das französische Volk wird nicht kämpfen», und des weiteren schreibt:

«Ich glaube in meinen Europaartikeln klargemacht zu haben, daß die vorherrschende Empfindung in jedem der neun Länder, die ich besucht habe, die Furcht vor dem Krieg ist, daß keines von ihnen diesen Krieg will und daß die Mehrheit in verschiedenen Ländern, unter Führung der Gewerkschaften, in diesem Krieg nicht kämpfen wird — weder auf der einen noch auf der andern Seite.»

Sogar in England sind derartige Stimmungen verbreitet. Will Lawther zum Beispiel, der gegenwärtige Präsident des britischen Bergarbeiterverbandes, der kein Kommunist ist, vielmehr mit seinem kommunistischen Generalsekretär Arthur Horner in Konflikt steht, hat am Jahreskongreß der genannten Gewerkschaft vom 7. Juli 1947 widerspruchslos erklären können, «daß kein britischer Bergarbeiter oder sonst ein gewissenhafter Arbeiter irgendwelches Material für einen solchen Krieg (nämlich mit der Sowjetunion) herstellen würde, und je eher die Kriegstreiber das verstehen, um so besser», eine Erklärung, die er im letzten Jahr schriftlich in aller Form wiederholt hat. Ich erinnere auch an den Artikel Del Vayos, den ich in der Februarrundschau aus «The Nation» zitiert habe, und in dem dieser erfahrene Beobachter der europäischen Entwicklungen, von der Bewegung des «Weltbürgers» Garry Davis in Frankreich ausgehend, feststellt: «Die westeuropäischen Mächte können unter dem Vorsitz von Feldmarschall Montgomery zusammentreten, die amerikanische Bundesversammlung kann Milliarden bewilligen — aber diesmal werden die Menschen in Europa nicht marschieren.»

Angesichts dieser Tatsachen ist es schlechterdings einfältig, die Äußerungen eines Thorez oder Togliatti als «Landesverrat» zu denunzieren. Besonders gut macht sich diese Anklage natürlich im Munde von Leuten, die alles tun, um Frankreich und Westeuropa überhaupt militä-

risch wie wirtschaftlich an Amerika auszuliefern — Amerika, den Hort der bestehenden «Ordnung», seit es keinen Hitler und keinen Mussolini mehr gibt. Emmanuel Mounier sagt es denn auch im «Esprit» (Februar 1949) deutlich, wo die wahren Landesverräter zu suchen sind:

«Das ‚Lieber Hitler als Blum‘ der Bourgeoisie von 1939 unterscheidet sich nicht um Haaresbreite von dem ‚Lieber Truman als Thorez‘ der Bourgeoisie von 1949. Ihre Panik geht in der gleichen Richtung wie damals, wie 1871, wie 1848, wie 1830, in der gleichen Richtung auch ihre Kapitulation. Nur der ausländische Schutzherr dieses eigenartigen Patriotismus, nur der auserwählte Vorkämpfer dieses eigenartigen Pazifismus hat gewechselt... Der Frieden von 1938, hinter dem der Geist von München steht, hat uns den Krieg von 1939 und die Versumpfung von 1948 beschert. Und ein Frieden, der auf den gleichen Geist aufgepfropft wäre (der «amerikanische Frieden», H. K.), würde uns einem neuen, ebenso unfruchtbaren Krieg ausliefern.»

Der Widerstand der Völker gegen einen neuen Krieg (der wahrscheinlich nach holländischem Vorbild als «Polizeiaktion» zur Erzwingung eines Friedens, so wie die Nutznießer der herrschenden Ordnung ihn verstehen, aufgezogen würde) und besonders der Widerstand der aktivsten Gruppen der westeuropäischen Arbeiterschaft wird tatsächlich mehr und mehr zu einer entscheidenden Kraft der zeitgenössischen Weltpolitik. Ohne die tätige Mitwirkung der westeuropäischen Volksmassen ist eben an eine Niederringung der Sowjetunion und der östlichen «Volksrepubliken» kaum mehr zu denken. Grund genug, daß alle, die ein solches Ziel ins Auge fassen, von heißem Zorn gepackt werden, wenn sie sich die möglichen Auswirkungen der Widerstandsbewegung vorstellen, die sich jetzt allmählich in Westeuropa abzeichnet. Wir unsererseits haben keine Angst vor dieser Bewegung. Im Gegenteil: die größten Verheißungen ruhen auf ihr, sofern sie wirklich vom rechten Geist getragen wird, aus den rechten Motiven herkommt und auf die rechten Ziele hingelenkt wird, sofern also die Friedenssehnsucht der Nationen nicht zu trüben, trügerischen Zwecken mißbraucht wird. Alle Kriegsrüstungen, Bomberstützpunkte und Militärallianzen können an einer solchen Bewegung zerbrechen, wenn sie erst einmal ihrer Kraft bewußt wird und dann auch zur entschlossenen Aktion schreitet.

Ein sozialistisches Europa! Die neu erwachende Friedensbewegung, so haben wir eben gesagt, muß auf die *rechten* Ziele hingelenkt werden. Und das heißt, daß ihre negative Zielsetzung — die Verhinderung eines neuen Krieges — durch ein positives Ideal ergänzt werden muß: die Aufrichtung einer solidarischen Weltplanwirtschaft und insbesondere eines eigentlich *sozialistischen Europa*. Damit ist nicht nur jene von Churchill begönnerte, durchaus bürgerlich-konservative und scharf antisowjetische «Europabewegung» abgelehnt, die letzthin in Brüssel ihre Tagung abgehalten hat⁴;

⁴ Ein Brüsseler Korrespondent der «Berner Tagwacht» schreibt zu dieser Tagung unter anderm: «Winston Churchill war zweifellos der große ‚Star‘ des Brüsseler Kongresses. Niemand versagt dem Churchill des zweiten Weltkrieges die Bewunderung.

es ist auch der Gegensatz zu einer Wiederaufrichtung der europäischen Wirtschaft auf kapitalistischer Grundlage gegeben, wie sie der Marshall-Plan erstrebt⁵.

Wohin eine derartige «Wiederbelebung» der Wirtschaft führen kann, mag aus dem jüngsten Bericht der Marshall-Plan-Verwaltung an die amerikanische Bundesversammlung hervorgehen, in dem es heißt, daß «die Auswanderung von 2,5 Millionen Arbeitern die einzige Lösung des Arbeitslosenproblems in Italien, Griechenland und Westdeutschland darstelle». Gleichzeitig widersetzt sich der Vertreter der Marshall-Plan-Verwaltung in Italien, James D. Zellerbach, jeder Aufteilung des Großgrundbesitzes an die landhungrigen Kleinbauern und Pächter, weil das nur die Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion verhindern könne. (Nebenbei: eine bemerkenswert wirksame Methode, den Kommunismus in Italien zu bekämpfen!) Sodann ist es aber namentlich die durch den Marshall-Plan hergestellte enge Verbindung der westeuropäischen Wirtschaft mit dem Schicksal des amerikanischen Kapitalismus, die jener zum Verhängnis zu werden droht. Man weiß, daß es in den Vereinigten Staaten zu *krise*ln beginnt. Eine Rekordernte einerseits (immer ein Unglück in der kapitalistischen Welt!), wachsende Arbeitslosigkeit und darum abnehmende Kaufkraft der städtischen Bevölkerung andererseits haben zu einem Preissturz für landwirtschaftliche Erzeugnisse geführt, der zwar noch lange nicht das Zeichen für die Auslösung einer allgemeinen Krise zu sein braucht, aber doch gewisse unangenehme

Dagegen kann der Churchill der Tory-Opposition und des Brüsseler Kongresses nicht als Stütze von Fortschritt und Frieden gelten. Als er hier in einer vielkommentierten Rede ‚die Befreiung der Völker Osteuropas‘ forderte, also zu einer Art Kreuzzug aufrief, da dachte so mancher Zuhörer unwillkürlich an die mißglückte Rußland-intervention des gleichen Churchill nach der bolschewistischen Revolution und ferner an den Rußlandkreuzzug (oder vielmehr Hakenkreuzzug) des ‚Führers‘. Sehr beruhigend oder friedliebend klangen diese Töne nicht. Das gleiche läßt sich von der Rede des französischen Katholiken Teilgen sagen.»

⁵ Daß auch große Teile der organisierten Arbeiterschaft eine Wirtschaftsblüte auf dieser Grundlage für möglich und erstrebenswert halten, ist freilich eine die Geistesverwirrung unserer Zeit kennzeichnende, betrübliche Tatsache. Wir lasen erst leßthin in der amerikanischen Presse einen Artikel von Homer Martin, dem früheren Leiter des mächtigen Automobilarbeiterverbandes, der «größten Gewerkschaft der Welt», der keinen Anstand nahm, zu erklären: «Die wichtigste Frage, der sich unser Land und die Welt gegenübersehen, ist die Frage der Rettung des Systems des freien Unternehmertums aus den todbringenden Händen des Staatseigentums und der Staatskontrolle. Ob nun Kommunismus, Sozialismus oder New-Deal-Politik: Staatseigentum und Staatskontrolle werden unser Wirtschaftssystem zerstören, das der Menschheit ihren höchsten Lebensstandard gegeben und gleichzeitig dem Einzelmenschen ein Höchstmaß von Freiheit verliehen hat. (Die 60 Prozent amerikanischer Familien, deren Einkommen unter dem sozialen Existenzminimum liegt, existieren offenbar für diesen Mann nicht. H. K.) Ein Großteil der heutigen Arbeiterbewegung stützt sich entweder unwissender- oder bössartigerweise auf die reaktionäre marxistische Lehre von Staatseigentum und Staatskontrolle. Wir müssen darum dieser Drohung entgegentreten, indem wir die arbeitenden Männer und Frauen des Landes unmittelbar in das Profitsystem eingliedern.» (Durch Gewinnbeteiligung nämlich.)

Rückwirkungen auch auf die europäische Wirtschaft haben kann. Der «New Statesman» stellt bereits fest:

«Die Marshall-Hilfe, die mindestens teilweise in einer großherzigen Stimmung einsetzte und sich dann mehr und mehr in einen unentbehrlichen Bestandteil der strategischen Vorbereitungen Amerikas für einen möglichen Weltkrieg verwandelte, hat einen neuen Aspekt anzunehmen begonnen: man betrachtet sie als notwendiges Mittel für die Stützung der amerikanischen Ausfuhr. Dollarkäufe im Ausland stoßen auf Widerstand, weil sie den Absatz amerikanischer Waren wie Weizen und Mais beschränken; außerdem besteht in Washington eine wachsende Neigung, Europa klarzumachen, daß es nehmen müsse, was die Vereinigten Staaten loszuwerden wünschen, statt was für Europas Wiederaufrichtung am nötigsten ist.»

Am bedenklichsten aber bleibt, daß in den Vereinigten Staaten als ein Hauptmittel der Krisenabwehr immer offener die möglichste Forcierung der *Kriegsrüstungen* angepriesen wird. Bezeichnend dafür ist ein amerikanischer Bericht des Pariser «Figaro», in dem es heißt:

«Befinden sich die Vereinigten Staaten in einem Konjunkturniedergang?» so beginnt man sich zu fragen. Man muß diese Frage mit Nein beantworten, solange die Politik die Wiederaufnahme der Waffenproduktion erlaubt... Die amtliche Zahl der Arbeitslosen beträgt 2,5 Millionen. Die Wirtschaftssachverständigen stehen diesen amtlichen Zahlen jedoch mißtrauisch gegenüber, denn in Wirklichkeit seien es 4 oder 5 Millionen... Die Wiederaufrüstung Europas würde diese Millionen Arbeitsloser wieder beschäftigen und namentlich auch die Flugzeugwerke, die sich gegenwärtig in einem Halbschlaf befinden, zu neuem Leben erwecken.»

«Neues Leben» mit Hilfe höchstgesteigerter Todesproduktion — das sagt eigentlich alles. Aber es hat keinen Wert, sich einer Täuschung darüber hinzugeben: das gehört nun einmal wesentlich zum Spätkapitalismus und zu seinem Existenzkampf, gehört damit insbesondere auch zu den Elementen der gegenwärtigen Weltpolitik der Vereinigten Staaten. In diesem Licht muß man, was immer wieder gesagt zu werden verdient, auch die von Amerika beherrschte *Deutschlandpolitik* der Westalliierten sehen. Die Wiederauslieferung der Ruhrindustrie an die alte kapitalistische Herrenklasse, der Einspruch der Besetzungsmächte gegen deutsche Sozialisierungsbestrebungen, die Förderung oder doch Duldung des immer kühner auftretenden Neunazismus, die endgültige Freisprechung eines Schacht und Papen, der Propagandafeldzug gegen die Sowjetunion und die Ostzonenverwaltung — all das und anderes mehr dieser Art bekommt erst seine rechte Bedeutung, wenn man es in den Zusammenhang einer Gesamtpolitik hineinstellt, die auf die Verhinderung eines sozialistischen Europa und auf die Sicherung unseres Kontinents für die Herrschaft des «freien Unternehmertums» oder doch für die westliche Demokratie bürgerlich-liberalen Zuschnitts gerichtet ist. Sieht man nicht, was daraus eines Tages werden muß? Und wird es nicht allmählich klar, daß ein sozialistisches Europa, das mit allen Zwei- und Eindeutigkeiten der diversen Europaunionsbestrebungen aufräumt, eine Grundvoraussetzung für unsere Rettung vor dem «nächsten Krieg» ist, der sich lavaartig mit unheimlicher Geradlinigkeit auf uns zuwälzt?

Der Fall Mindszenty Auf die gleiche Linie wie die alliierte Deutschlandpolitik gehört aber endlich auch die Haltung der Westmächte und ihrer «Zugewandten» gegenüber den östlichen Volksrepubliken. Das Drum und Dran des Prozesses Mindszenty ist dafür ein höchst aufschlußreiches Beispiel.

Im Verfahren gegen den bisherigen Primas der römischen Kirche in Ungarn ist gewiß nicht alles klar, und die ungarische Regierung ist selber schuld daran, wenn die ihr feindliche Propaganda diesen Umstand mit skrupelloser Demagogie ausbeutet. Aber die für die Beurteilung des Falles *wesentlichen* Tatsachen heben sich jetzt dennoch klar und scharf heraus, und wir lassen sie uns durch kein Vorurteil und keine noch so gut orchestrierte Stimmungsmache vernebeln. Vor allem steht fest, daß Kardinal Mindszenty und die Führung der katholischen Kirche in Ungarn überhaupt nach der Ausschaltung der rein politischen Opposition zum Mittel- und Sammelpunkt des Kampfes gegen das neue Regime geworden ist. Und zwar des Kampfes gegen das neue Regime nicht als *Diktatur*, sondern als Träger einer sozialen und politischen *Revolution*. Sich als Kämpfer «für die allgemeinen Menschenrechte, für Lern- und Lehrfreiheit, für Gewissensfreiheit» zu erklären, wie das Kardinal Mindszenty in seinem Hirtenbrief vom 23. Mai 1948 getan hat, stand ihm schon darum nicht an, weil die Lehr- und Bewegungsfreiheit der römischen Kirche in Ungarn nicht ernsthaft angetastet ist und gar von einer Religionsverfolgung keine Rede sein kann. Der Versuch, Mindszenty zum Fahnenträger eines Menschheitskampfes gegen Totalismus und Absolutismus zu machen, war aber geradezu grotesk im Blick auf die Tatsache, daß die römische Kirche ja selbst im höchsten Grade totalitär und absolutistisch ist, daß sie auch nach der erzwungenen Einstellung von Inquisition und Ketzererausrottung gegenüber allen «Abweichungen» von der offiziellen Lehre und Praxis radikal unduldsam bleibt und insbesondere die letztlich auf die Reformation zurückgehenden Volks- und Menschenrechte, die die bürgerlichen Revolutionen des 17. und 18. Jahrhunderts verkündet haben, aus Grundsatz verwirft. Was Papst Gregor XVI. in seiner Enzyklika «*Mirari vos*» den liberalen Neuerern entgegengedonnert hat und was von späteren Päpsten, vor allem von Pius IX. und Leo XIII., förmlich bestätigt wurde, das gilt auch heute noch für die Haltung der Romkirche zu diesen Dingen im vollen Umfang:

«Wahrhaft absurd ist es, eine Erneuerung und Wiedergeburt der Kirche zu verlangen, wie wenn sie einem Mangel oder einer Verdunkelung ausgesetzt sein könnte. Aus dieser schmutzigen Quelle des Indifferentismus fließt jene absurde und irrige Lehre oder vielmehr jener Wahnwitz, daß jedermann Gewissensfreiheit haben müsse, und aus diesem unheilvollen Irrtum jene unnütze Freiheit der Meinungen, die zum Verderben von Staat und Kirche weitherum grassiert... Hierher gehört auch jene schändliche, nicht genug zu verabscheuende Freiheit der Presse, die einige zu fordern wagen.»

Es ist gar kein Zweifel, daß mindestens Kardinal Mindszenty, den uns auch seine Bewunderer als von geradezu mittelalterlichem Glaubenseifer beseelten Kirchenfürsten beschrieben haben, auf dem gleichen Boden steht wie diese päpstliche Kundgebung, zumal in Ungarn unter der Tünche eines liberalen Parlamentarismus auch in den letzten hundert Jahren immer ein feudaler Absolutismus geherrscht hat, dem alle Volks- und Freiheitsrechte innerlich fremd waren. Nein, Kardinal Mindszenty eignete sich wirklich schlecht zum Märtyrer eines Kampfes für Gewissens- und Meinungsfreiheit, der dem neumagyarischen Despotismus geliefert werden müsse. Was die Führung der katholischen Kirche in Ungarn *wirklich* gegen das neue Regime stellte, das war vielmehr — wenn man alles Nebensächliche auf der Seite läßt — ganz einfach ihr Interesse an der Erhaltung oder Wiederherstellung einer Wirtschafts- und Staatsordnung, die ihr im Laufe der Jahrhunderte unermesslichen Reichtum, besonders an Grund und Boden, und die fast unumschränkte Herrschaft über die Schule, also über das Denken des heranwachsenden Geschlechtes, gebracht hatte, eine Ordnung, die nun durch die Aufteilung des Großgrundbesitzes und die Einführung der Staatsschule in ihren Grundlagen erschüttert wurde, durch Reformen also, die in Westeuropa schon längst angebahnt oder verwirklicht worden sind und keineswegs spezifisch bolschewistischen Charakter tragen. Die römische Kirche hat sich damit auch in Ungarn neuerdings als der Hort des Feudalismus und der Gegenrevolution erwiesen, der sie überall ist, und sie *mußte* damit in Konflikt mit einem Regime kommen, das nicht nur einen «Kulturkampf» zur Sicherstellung der Oberhoheit des modernen Staates über die katholische Kirche mit ihren weltlichen Herrschaftsansprüchen führt, sondern, weit darüber hinausgreifend, eine Gesellschaftsordnung aufrichten will, zu der die katholische Kirche bisher in schroffstem Gegensatz gestanden ist. *Darum* die leidenschaftliche Agitation Mindszentys gegen die Entmachtung des Feudalismus und die Einführung der Staatsschule; *darum* seine Versuche, eine Restauration des ancien régime vorzubereiten, auch wenn es einen neuen Krieg kosten sollte; *darum* seine enge, bis in die Untersuchungshaft fortgesetzte und durch Schriftstücke von seiner eigenen Hand erwiesene Verbindung mit amerikanischen Stellen und seine im Zusammenhang damit vorgenommenen Dollarschiebungen, die nun eben einmal ungesetzlich waren. *Darum* wurde der Kardinal verhaftet und verurteilt, *mußte* er verurteilt werden, auch wenn wir die lebenslängliche Einkerkерung als eine viel zu harte Strafe für Vergehen ansehen, die in nichtrevolutionären Ländern und Zeiten mit zehn Jahren Gefängnis hinreichend gebüßt worden wären. «Er (Mindszenty) ist schließlich», wie die Neuyorker «Nation» bemerkt, «Mensch und Bürger und sollte nach seinem Verhalten beurteilt werden, nicht nach seinem Kleid . . . Wenn Kardinäle oder andere Kirchenmänner als gesetzlich unantastbar zu betrachten sind,

dann wird die kommunistische Anklage gegen die Kirche an Berechtigung erheblich gewinnen⁶.»

Aber all das spielt jetzt für die katholische und die auf ihren Spuren wandelnde westlich-«demokratische» Propaganda keine wesentliche Rolle. Für sie ist die entscheidende Tatsache, daß es ein *kommunistisches* Regime ist, das gewagt hat, dem ungarischen Kirchenfürsten den Prozeß zu machen. Das ist die unverzeihliche Sünde. Und darum muß selbstverständlich a priori die Anklage gegen Kardinal Mindszenty falsch und künstlich zurechtgezimmert, muß sein Geständnis durch abscheuliche Mittel erzwungen sein, muß das ganze Verfahren gegen ihn einen Hohn auf alle Grundsätze wirklicher Rechtsprechung darstellen, muß der Kardinal zum Opfer eines «gewissenlosen Angriffs auf die religiöse und persönliche Freiheit» (Staatssekretär Acheson) gestempelt werden, so daß «nicht er, sondern die ungarische Regierung auf die Anklagebank gehöre» (Außenminister Bevin). Die Franzosen haben schon recht mit ihrem Spottwort: «Wenn einer seinen Hund ertränken will, dann sagt er, er habe die Tollwut.»

Heuchlerische Proteste Daß die Vertreter des gegenwärtigen politischen Kurses der römischen Kirche nicht das leiseste Recht zu solchen Anklagen haben, steht nach dem Gesagten von vornherein fest. Eine Kirche, die mit Mussolini und Hitler paktiert hat, die die spanische Republik hat ermorden helfen und bis zum heutigen Tage die Schreckensherrschaft eines Franco stützt, die weder gegen den Abessinienkrieg noch rechtzeitig gegen die Ausrottung der Juden ein machtvolles Wort des Protestes gefunden hat — eine solche Kirche zöge sich den Weheruf gegen die Heuchler und Pharisäer auch dann zu, wenn ihre Verdammungsurteile in diesem besonderen Falle sachlich gerechtfertigt wären. Berdiajews Wort verdient aufs neue angeführt zu werden, daß zwar «der ganze Aufbau der Sowjetphilo-

⁶ Es ist festzuhalten, daß Mindszenty nicht wegen seiner allgemeinen gegenrevolutionären Agitation verurteilt wurde, sondern nur wegen seiner offenbar gesetzwidrigen und staatsfeindlichen Handlungen. Natürlich besteht aber trotzdem ein enger Zusammenhang zwischen diesen beiden Verhaltensweisen. Denn so wie die gesetzwidrigen Handlungen des Kardinals die Folge seiner reaktionären Grundhaltung sind, so hat auch die ungarische Regierung die strafbaren Handlungen Mindszentys dazu benutzt, zwar nicht die katholische Kirche als solche zu treffen, wohl aber die Funktion der katholischen Kirche in Ungarn als mächtigster Stütze des alten Regimes und als Hauptbestandteil des reaktionären Herrschafts- und Beeinflussungsapparates zu stören. Und daß die katholische Kirche, wie in andern Ländern so auch in Ungarn, die Bildung eines freien Volkswillens — dieses Herzstückes aller Demokratie — unmöglich macht, das wird man objektiverweise auch dann zugeben müssen, wenn man feststellt, daß die Kommunisten den Teufel mit Beelzebub austreiben wollen. Wie Kardinal Mindszenty gearbeitet hat, das mag aus einem Beispiel hervorgehen, das er in seinen Zeugenaussagen selber angeführt hat:

«Ich habe», so erzählt er, «die Ergebnisse der Wahlen von 1947 in entscheidender Weise zugunsten der Parteien der Rechten beeinflusst. An der Bischofskonferenz vom

sophie eine furchtbare Karikatur des Christentums» sei, daß aber niemand anders als die römische Kirche das Vorbild dafür geliefert habe, habe doch in ihr «erstmalig in der Geschichte der menschlichen Kultur das Christentum jeden Gedanken vom Standpunkt der Rechtgläubigkeit und der Keßerei aus zu beurteilen begonnen und damit das traurige Beispiel einer kollektivistischen Denkart gegeben».

Aber auch den westlichen Demokratien, die den täglichen Massenverbrechen der griechischen, spanischen und sonstigen antikommunistischen Gewalthaber mit größter Gelassenheit zusehen und sie dadurch erst möglich machen⁷, fehlt jegliche sittliche Vollmacht, wenn sie jetzt in leidenschaftlicher Empörung den «Justizskandal von Budapest» anprangern und ihm die tendenzfreie, streng sachliche Rechtsprechung des Westens gegenüberstellen. Von Klassenjustiz hat man bekanntlich bei uns zulande noch nie etwas gehört, und der hundertjährige Kampf der amerikanischen Gewerkschafter und Sozialreformer gegen eine Justiz, die mit den brutalsten Mitteln jede oppositionelle Regung in der Arbeiterschaft zu ersticken suchte, ist ebenso vergessen wie insbesondere die ständige Praxis der südstaatlichen Gerichte, weiße Lynchmörder freizusprechen oder überhaupt nicht zu verfolgen, auch wenn ihre Schuld einwandfrei am Tage liegt. Erst vor wenigen Wochen hat das Bezirksgericht von Toomby im Staate Georgia zwei Weiße freigesprochen, die an der Ermordung eines wohlhabenden Negers namens Robert Mallard teilgenommen hatten — freigesprochen, nachdem zwei Geschworene als Zeugen (!) die «Unglaubwürdigkeit» der Frau des Ermordeten bekundet hatten, die an seiner Seite saß, als er meuchlings niedergeknallt wurde.

27. Juli 1947 habe ich erklärt, die Geistlichkeit müsse in den Wahlkampf eingreifen. In einer für die Öffentlichkeit bestimmten Mitteilung, die vom ‚Magyar Kurir‘ veröffentlicht wurde, hatte die Bischofskonferenz allerdings erklärt, wir wollten uns jeglichen Eingreifens in die Wahlen enthalten und den Gläubigen volle Gewissensfreiheit in bezug auf ihre Stimmabgabe lassen. In Wirklichkeit habe ich aber an jener gleichen Konferenz erklärt, daß wir praktisch durch Vermittlung der Dekane die Gläubigen auffordern müßten, ihre Stimmen den Kandidaten der bürgerlichen Parteien und in erster Linie denjenigen des Christlichen Frauenbundes und der Partei Pfeiffer zu geben. Da der Christliche Frauenbund nur in einer sehr beschränkten Anzahl von Wahlkreisen Kandidaten aufgestellt hat, so kann ich sagen, daß ich praktisch die Partei Zoltán Pfeiffers (eine Partei der äußersten Rechten. H. K.) unterstützt habe. Im Geiste dieser Geheimresolution der Bischofskonferenz haben wir durch Vermittlung der Dekane und Pfarrer den Gläubigen unsere Weisungen erteilt. Außerdem habe ich Margrit Slachta materiell unterstützt und ihr 20 000 Gulden überwiesen, die sie im Wahlkampf verwenden solle.» (Aktenstücke zum Prozeß Mindszenty, französische Ausgabe, Seite 33.)

⁷ Zwischen den Vereinigten Staaten und Franco-Spanien insbesondere knüpfen sich die Verbindungen neuerdings immer enger. Mit Zustimmung der Regierung hat kürzlich eine Newyorker Bank der spanischen Regierung eine allerdings nur kleine Anleihe (25 Millionen Dollar) gewährt, ohne daß — von vereinzelt Ausnahmen abgesehen — die liberale Öffentlichkeit ernsthaft dagegen aufgetreten wäre. Die förmliche Wiederherstellung der vor zwei Jahren, infolge einer Resolution der UNO, abgebrochenen diplomatischen Beziehungen der Westmächte mit Madrid ist nur noch eine Frage der Zeit.

Das alles wird von unsern feurigen Menschenrechtskämpfern einfach ins Unterbewußtsein verdrängt. Und so kommt es, daß sich Katholiken und Protestanten, Juden und Freidenker, Liberale und teilweise sogar Sozialdemokraten brüderlich zusammenfinden, um den Fall Mindszenty weidlich gegen die Kommunisten auszuschlachten. Man sieht ein neues Mal, wie Objektivität und Rechtsgefühl völlig schweigen, wenn es darauf ankommt, ein «bolschewistisches Verbrechen» zu geißeln, und wie auch manche sonst ruhig urteilende Zeitgenossen die Besinnung sofort verlieren, wenn die antikommunistische Massenhysterie losbricht.

Aber die «erzwungenen Geständnisse» Mindszentys und seiner Mitarbeiter? Nun, ich glaube nicht an die Rauschgifte, gesalzenen Fische und «Spezialbehandlungen», durch die der Kardinal dazu gebracht worden sei, die Richtigkeit der hauptsächlichsten Anklagepunkte zuzugeben. Nicht daß ich ein kommunistisches Regime für unfähig hielte, von politischen Angeklagten Geständnisse zu erpressen. Aber bis zum heutigen Tage ist mir auch nicht ein einziges ernst zu nehmendes Indiz oder gar ein wirklicher Beweis dafür unter die Augen gekommen, daß im Prozeß Mindszenty tatsächlich solche Methoden angewandt worden wären. Die bloße Behauptung, daß die Budapester Untersuchungsbehörden infolge ihrer moralischen Verworfenheit *fähig* gewesen seien, durch Drogen, Folterungen usw. die Angeklagten zu wahrheitswidrigen Aussagen zu veranlassen, genügt noch lange nicht, um glaubhaft zu machen, daß sie es auch wirklich *getan* haben. Hingegen machen es allgemeine Erwägungen umgekehrt viel eher wahrscheinlich, daß man in Budapest auf alle unstatthaften Druckmittel verzichtet hat, denn so wirksam sind alle derartigen Methoden dann doch nicht, daß die ungarische Regierung hätte sicher sein können, Mindszenty oder irgendein anderer Angeklagter werde auf keinen Fall während einer mehrtägigen Verhandlung und im Angesichte ausländischer Beobachter in einem «lichten Augenblick» seine Haltung wiedergewinnen und damit seinen Gegnern die schwerste moralische Niederlage bereiten. Und vor allem: die ungarische Regierung hatte die Anwendung von Zwangsbekehrungsmitteln gar nicht nötig. Die Beweismittel, auf die sich die Anklage stützte — meistens Schriftstücke, die aus dem erzbischöflichen Palast selbst herstammten —, sind offenbar so unanfechtbar echt und stehen so sehr im Einklang mit allem, was man sonst über die politische Haltung des Kardinals weiß, daß ein Leugnen von seiten Mindszentys keinen Sinn gehabt hätte und die einfachste Klugheit ihm nahelegen mußte, «zu gestehen, was wahr, und zu bestreiten, was falsch war»⁸.

⁸ Diejenigen, die um jeden Preis die Folterhypothese stützen wollen, verstricken sich dabei in die seltsamsten Widersprüche. So bemüht sich beispielsweise Herr B. Kautsky im «Volksrecht» (vom 17. Februar) in einem zweiseitigen Leitartikel angelegentlichst (natürlich ohne den geringsten Beweis beizubringen, lediglich mit Analogien und Verdächtigungen operierend), seine Leser glauben zu machen, die ungarische Regierung habe die Aussagen der Angeklagten mit «mittelalterlichen Foltermethoden»

Er hätte natürlich auch, der These seines amerikanischen Kollegen Spellman beipflichtend, erklären können, in einem «gottlosen» Staat (und gottlos sind für Leute seines Schlages natürlich nicht die kapitalistischen Staaten) habe die katholische Kirche die Pflicht, mit allen Mitteln gegen die in diesem Fall eben nicht von Gott eingesetzte Obrigkeit zu komplottieren und zu konspirieren und die Machthaber offen oder unterirdisch zu bekämpfen. Aber das entsprach anscheinend, wenigstens was das gegenwärtige Ungarn betrifft, weder der Auffassung Mindszenty's noch den Absichten des Vatikans, und so entschloß sich der Kardinal eben, «das Beste aus der Sache zu machen», das heißt zuzugeben, daß er mit den Gesetzen in Konflikt gekommen sei, aber auch in Aussicht zu stellen, daß er sich dem neuen Regime fügen werde, wenn er glimpflich davonkomme. Das war sicher nicht helden- oder märtyrer-mäßig und hat ihm auch in den Augen all der guten Leute, die sich von der Budapester Gerichtsverhandlung ein antikommunistisches Propagandastück ersten Ranges versprochen hatten, nicht wenig geschadet. Aber es war doch auch nicht unehrenhaft, und wenn die ungarische Regierung wohlberaten gewesen wäre, so hätte sie ruhig auf den ihr angebotenen Kompromiß eintreten und, nach einer formalen Verurteilung des reuigen Kardinals durch das Gericht, Gnade walten lassen können, auf diese Weise ein erträgliches Verhältnis zwischen Staat und Kirche anbahnend. Daß sie statt dessen ihren Triumph über den bloßgestellten Gegner ausgekostet und Mindszenty ins Gefängnis geschickt hat, war ein Akt zweifelhafter Staatsweisheit, den sie eines Tages bereuen dürfte. Aber das soll uns gerade als Religiös-Soziale dennoch nicht hindern, anzuerkennen, daß sich in Ungarn ein Stück Gericht über eine Kirche vollzieht, die, statt der Revolution Christi den Weg zu bereiten, im Dienste der Gegenrevolution Mammons steht. Und wenn der Urteilsvollstrecker in diesem Fall der *Kommunismus* ist — desto schlimmer für eine Christenheit, die ihrer Sendung so empörend untreu geworden ist, daß die «Ungläubigen» kommen mußten, um diese messianische Sendung in *ihrer Art* — ohne den Messias — auf sich zu nehmen⁹.

erzwungen, sucht aber dann gleichzeitig, ohne sich seines logischen Salto mortale bewußt zu werden, nachzuweisen, daß die Anklage eigentlich ganz «nichtssagend» sei und insbesondere der Kardinal nichts gestanden habe, was als strafwürdiges Verbrechen bezeichnet werden könne. Das ist in dieser Form natürlich unrichtig, obwohl wir selbst damit einverstanden sind, daß die Bestrafung des Kardinals für die von ihm *tatsächlich* begangenen staatsfeindlichen und gesetzwidrigen Handlungen viel zu scharf ist. Aber darauf kommt es jetzt nicht an. Die Frage ist vielmehr: Wozu brauchte es dann noch «mittelalterliche Foltermethoden», wenn dem Kardinal gar nichts Strafbares vorgeworfen wurde? Was hatte der Mann überhaupt zu «gestehen», wenn er sich weder einer ungesetzlichen noch einer unehrenhaften Handlung schuldig gemacht hatte? Seit wann preßt man einem Angeklagten Geständnisse von «Verbrechen» ab, die dieser von vornherein ruhig zugeben kann, ja *muß*, ohne im geringsten erröten zu müssen?

⁹ Über das Gegenstück des Prozesses Mindszenty, das Verfahren gegen die methodistischen und baptistischen Pfarrer in *Bulgarien*, ist ein sicheres Urteil noch nicht

Gärendes Asien Ein notgedrungen nur flüchtiger Blick auf Asien muß heute genügen, um unsere Weltrundschau abzuschließen. Es geschehen ja immerzu Dinge von großer Tragweite zwischen Ankara und Tokio, erfreuliche und unerfreuliche, und noch größere Ereignisse bereiten sich ohne Zweifel vor. Zu den erfreulichen Dingen aus der Berichtszeit zählen wir den Waffenstillstand zwischen *Israel* und *Ägypten*, dem ein solcher zwischen *Israel* und *Transjordanien* folgen soll. *Israel* setzt sich eben immer vollständiger durch und wird damit von selbst zum Ansatz einer Neuordnung, vor allem einer sozialen Neuordnung, der ganzen Welt des Nahen Ostens. Um *Persien* wird aufs neue geplänkelt; die Sowjetunion stellt sich vor die linksgerichtete, von der Regierung aber niedergehaltene Tudeh-Partei, die ihr als politischer Stützpunkt dient, während *England* und *Amerika* von den etwas realeren Stützpunkten aus, die ihre Ölfelder und Militärmissionen in *Iran* bedeuten, ihrerseits *Rußland* in Schach zu halten suchen. *Indien* hat es — bei seinen sozialen Zuständen keine Überraschung — in zunehmendem Maße mit den Kommunisten zu tun, durch deren Tätigkeit sich die Regierung Nehru mehr als gut ist nach rechts abdrängen läßt. Auch in *Burma*, wo der Aufstand der nationalen Minderheitsgruppe der *Karenen* noch nicht gedämpft zu sein scheint, wie in *Malaya* und namentlich in *Indochina* arbeiten die Kommunisten offenbar nach einem vereinbarten Plan und keineswegs erfolglos. In *Indonesien*, wo die *Holländer* ihre «Polizeiaktion» angeblich eingeleitet haben, um das Land nicht in die Hände der Kommunisten fallen zu lassen (wofür keinerlei ernstliche Gefahr bestand), bemüht sich jetzt die *Haager* Regierung, unter andauernden Kämpfen mit den republikanischen Partisanen, eifrig um die Aufrichtung ihres «souveränen» Marionettenstaates, während sie an der diplomatischen Front den Sicherheitsrat hinhält und seine Weisungen sabotiert. (Wiederum: Wenn sich das die Sowjetunion erlaubte oder — *Israel*!) Auffallenderweise haben die kommunistischen Armeen in *China* ihren Vormarsch gegen Süden unterbrochen, um in Verhandlungen mit der Kuomintangregierung einzutreten, die nach Lage der Dinge von vornherein wenig aussichtsvoll erscheinen. Man kann sich kaum vorstellen, daß im Reiche der Mitte Frieden wird, ohne daß das alte Regime auch in den Zentral- und Südprovinzen ganz gründlich erledigt wird. *Amerika* steht weiterhin beobachtend auf der Seite. Eine Gruppe republikanischer Abgeordneter verlangt zwar «im Hinblick auf die ernste Be-

möglich. Daß man das Sofioter Gericht von vornherein zu diskreditieren sucht und die Aussagen der Angeklagten als selbstverständlich ganz unglaubwürdig, das heißt unter Druck erfolgt, abtut — damit ist es freilich nicht getan. Gewiß ist auf jeden Fall, daß die Religionsfreiheit auch in *Bulgarien* nicht gefährdet ist; in der Kirche zum Beispiel, in der einer der Hauptangeklagten, *Vassal Ziapkoff*, amtete, leitet jetzt seine Frau die Gottesdienste. Von den 138 protestantischen Pfarrern, die es in *Bulgarien* gibt, sind übrigens nur 15 vor Gericht gestellt worden, und es ist fraglich, ob sich die 16 000 Evangelischen, die es im Lande gibt, in ihrer Mehrheit hinter diese fünfzehn stellen.

drohung unserer Sicherheit (!), wie sie sich aus der Krise in China ergibt», eine aktivere Politik der Washingtoner Regierung. Doch hält diese offenbar dafür, daß die Last, die sich die Vereinigten Staaten mit der Besetzung Japans aufgeladen haben, schon groß genug sei und die amerikanische Sicherheit nicht unbedingt auch noch in China verteidigt werden müsse . . .

«L'Asia farà da sè», Asien wird schon allein mit sich fertig werden, könnten die Völker des Ostens ihren ungebetenen westlichen Schutzherrn zurufen. Und wirklich, wenn einmal weder Asien noch Afrika noch sonst ein «rückständiger» Erdteil mehr als koloniales Ausbeutungsobjekt behandelt werden wird, dann wird sich, auf Grund eines weltweiten Systems geplanter Wirtschaft und gegenseitiger Hilfe, von selbst jenes neue Verhältnis zwischen weißen und farbigen Völkern einstellen, das, statt eine ewige Kriegsquelle zu sein, eine der stärksten Kräfte dauernden Friedens auf unserer Erde werden kann.

7. März.

Hugo Kramer.

Schweizerische Rundschau

Bundesfinanzreform? Die eidgenössische Politik wird seit Monaten vom Kampf um die Reform der Bundesfinanzen beherrscht. Es handelt sich darum, an Stelle des Vollmachten«rechtes», auf dem jetzt der Großteil der Bundeseinnahmen beruht, ordentliches Recht zu setzen und, wenigstens einmal für zwanzig Jahre, Verfassungsbestimmungen zu erlassen, die es dem Bund ermöglichen sollen, seine Ausgaben, eingeschlossen diejenigen für die Tilgung seiner Schulden — die jetzt rund 10 Millionen Franken betragen — wieder auf normale Weise zu decken. Kein Wunder deshalb, daß sich um die Art und Weise, wie der Bundeshaushalt neugeordnet werden soll, ein großes Ringen der Parteien, Klassen und Interessengruppen entsponnen hat. «Groß» ist zwar hier wirklich nur ganz äußerlich gemeint; denn die Auseinandersetzungen über diese Finanzreform, besonders soweit sie sich während der außerordentlichen Tagung der Bundesversammlung im Februar vor dem Nationalrat abgespielt haben, atmeten ja wieder einmal bedenklich stark jenen Geist der Kleinlichkeit, Knorzigkeit und Engherzigkeit, der für ein gewisses modernes Helvetiertum so bezeichnend ist. Nicht daß wir uns an der Notwendigkeit stoßen würden, bei der Lösung der Finanzfrage zu einem Kompromiß, zu einem schiedlich-friedlichen Ausgleich widerstreitender Interessen zu kommen; denn wenn man in Diktaturstaaten solche Sachen auch viel einfacher macht, so macht man sie in Wirklichkeit auch viel schlechter, als das in der schwerfälligeren Demokratie der Fall ist. Aber es drängt sich einem gerade beim Anblick des kläglichen Marktes um die Verteilung der Staatslasten eben aufs neue die starke Erkenntnis auf, daß auf dem Boden der Klassengesellschaft, in der die privaten Sonderinteressen vorherrschen und das Volk durch wirtschaftliche Gegensätze heillos zerrissen ist, eine rechte Demokratie überhaupt nicht bestehen kann und daß wir zu einer wirklichen Selbstregierung des Volkes, ja überhaupt zu einer anständigen Volksgemeinschaft, in deren Schoß dann Meinungs- und Interessenkonflikte unschwer überwunden werden können, erst kommen werden, wenn einmal Wirtschaft und Staat nicht mehr unter dem brutalen Gesetz des Profits und der egoistischen Konkurrenz stehen, sondern unter dem kategorischen Imperativ des gemeinen Wohles und der gegenseitigen Hilfe. Es kann deshalb auch keineswegs überraschen, daß das bisherige Ergebnis der parlamentarischen Verhand-